

Die deutsche Wiedervereinigung – Revolution mal anders!?

Der Vorabend der Revolution

Eine Revolution ist bekanntlich das Umstürzen der bestehenden und alten Gesellschaftsordnungen, sowie dem Wirtschafts- und Regierungssystem. Jedoch wird im gleichen Moment davon gesprochen, dass die zumeist durch den Einsatz von Gewalt, Terror und militärischen Streitkräften vollzogen wird. Natürlich findet man für diese Art der Umwälzung auch genügend Beispiele, wie die Französische Revolution 1789 oder die Oktoberrevolution 1917 in Russland. Doch die Wiedervereinigung der zwei deutschen Teilstaaten, wobei die DDR-Bevölkerung den Initialzündler darstellte, war weniger eine gewaltvolle, sondern vielmehr eine „friedliche“ Revolution bei der die Menschen ihre Aussagekraft als geschlossenes Volk nutzten, um zu Erfolg zu kommen.

Jedoch muss man in der Geschichte um den 09.11.1989 etwas weiter zurückgehen, um die Ursachen für eine solche Wiedervereinigung logisch zu verdeutlichen. Demnach muss man mit ehemaligem Generalsekretär der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, anfangen. Dieser wurde am 11. März 1985 gewählt und hatte große Pläne, um die Sowjetunion zu retten und den Kommunismus zu verbessern, damit man sich aus der ökonomischen Krise, in welcher man sich befand, befreien konnte. Daher verordnete er zwei große Reformen, „Perestroika“ und „Glasnost“, mit welchen er jedoch keinen großen Erfolg erzielte. Vielmehr unterhöhlten die Reformmaßnahmen die Grundlage der zentralen Planwirtschaft und des politischen Systems. Gleichzeitig entwickelte sich der Glasnost-Gedanke von Transparenz und Offenheit immer mehr zu Demokratisierungsmaßnahmen, welche die Kommunistische Partei aufweichten und somit eine Axt in die Wurzel der sowjetischen Staatsideologie schlugen. Gleichzeitig war die Sowjetunion durch ihre Außenpolitik und den anhaltenden West-Ost-Konflikt zunehmend überlastet. Deshalb sprach Gorbatschow in dieser Zeit von dem System des „Hauses Europa“ unter dessen Dach mehrere Ideologien friedlich zusammenleben sollen. Daraus hervorgehend verkündete er Wahlfreiheit, Gewaltverzicht und beschloss Anfang Juli 1989 mit den Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten, „dass jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen“. Was jedoch diese Art von Selbstbestimmung für Auswirkungen hatte, konnten die damaligen Zeitgenossen weniger erahnen, als es aus der Rückschau erscheint.

Die meisten Staaten nutzten die neu gewonnene Freiheit nicht, um Gorbatschows Reformbeispielen zu folgen, sondern sie schafften den Kommunismus ab und sagten sich von der Führung in Moskau los. Viele Sozialistische Arbeiterparteien standen kurz vor ihrer Aufspaltung und verzichteten zumeist schon auf ihre Führungsrollen in den jeweiligen Staaten. So geschah es, dass die ungarische Regierung in dieser Krisenzeit etwas Unerhörtes getan hatte. Am 11. September 1989 hat der ungarische Staat die Grenzen zu Österreich geöffnet und damit die Spannungen und die Krise um den Freiheits- und Mitbestimmungsgedanken in der DDR enorm verschärft. Als dann kurze darauf, im November und Dezember des Jahres 1989, auch die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei und in Rumänien zusammenbrach, war das SED-Regime in Ost-Berlin bereits am Ende.

Damit bildete das Ende der sowjetischen Herrschaft die erste von drei Ursachen für den Untergang des SED-Regime in der DDR, wenn man Ursachen als veränderliche Umstände versteht, ohne welche ein Vorgang nicht möglich wäre. Gleichzeitig existierte eine sprunghaft anwachsende Opposition, welche rasch an Zahl und Stärke gewann und man den Grund dafür in der Reformpolitik von Gorbatschow wiederfindet. Denn diese Oppositionsbewegung war mit ihrem Freiheitsgedanken und dem Wunsch der Mitbestimmung die zweite Ursache für die spätere Wiedervereinigung beziehungsweise für den Sturz des SED-Regimes. Diese traf nämlich auf eine überalterte, in orthodoxem DDR-Sozialismus erstarrte Führung, welche gar nicht verstand, was nun um sie herum geschah und die kaum zu reagieren vermochte. Damit standen neben dem allgemeinen Untergang des Kommunismus auch noch diese drei aufgezählten Ursachen der Rettung der DDR im Weg. Gleichzeitig hatte die Regierung des Ostdeutschen Teilstaates mit drei strukturellen Voraussetzungen zu kämpfen, welche beherrschbar gewesen wären, unter den neuen Umständen jedoch virulent wurden. Demnach mangelte es dem DDR-Regime an Legitimität, zweitens sorgte die permanente Präsenz der Bundesrepublik als ein freiheitlich-demokratische und wohlhabendes Gegenbild für Spannungen und zunehmende Fluchtversuche der Bevölkerung ins Nachbarland. Da man sich dort ein besseres Leben erhoffte, da man im „Osten“ zunehmend mit einer dysfunktionalen Planwirtschaft und mit Versorgungsengpässen zu kämpfen hatte, die im Laufe der 1980er Jahre deutlich zunahmen. Somit musste sich die DDR mit Hilfe von Krediten der Bundesrepublik oder dem Verkauf von politischen Häftlingen oder Blutkonserven über Wasser halten. Doch dies kam bei der Bevölkerung nicht gut an und erhöhte die Spannungen in dieser Zeit noch mehr. Somit waren die Produktionsanlagen am Vorabend der Revolution völlig veralten, die Wirtschaft stagnierte und man befand sich teilweise auf dem Niveau von Vorkriegszeiten, und das

immerhin fast über 40 Jahre nach Kriegsende. Somit wuchs auch der Unmut in der ost-deutschen Gesellschaft, da man durch den Mauerbau 1961 dieses Land und die miserablen Umstände nicht einmal verlassen konnte. Somit schnellten die Anträge auf Ausreise immer mehr nach oben. Doch obwohl man eine Vielzahl dieser genehmigte, nahm man damit kein Druck vom Ventil. Vielmehr wurde er verstärkt, da nun immer mehr Leute in der Bevölkerung nach „Freiheit“ strebten, dies jedoch nicht erfüllt wurde. Gleichzeitig stockte man das Ministerium für Staatssicherheit auf, um solchen „feindlichen“ Gedankengut entgegenzuwirken. Doch man erreichte nur das Gegenteil. Bis zum endgültigen Mauerfall stieg die Unzufriedenheit im Volk immer mehr an.

Desweiteren stieg die Anzahl der Oppositionellen in dieser Zeit immer mehr an und das DDR-Regime befand sich in einer echten Führungskrise. Um diese oppositionellen Kräfte nicht zu sehr aufkeimen zu lassen, wurde deren wachsende Präsenz seit Ende 1987 verschärft unterdrückt. Doch die Gegner der Staatsführung ließen sich nicht unterkriegen und formierten mit dem „Neuen Forum“ eine weitere Oppositionsbewegung, welche die Regierung unter Druck setzte. Dabei wurden unter den Oppositionelle oft Forderungen, wie Partizipation, Menschenrechte, Meinungs- oder Reisefreiheit laut. Am Ende der 1980er Jahre geriet die DDR Führung immer mehr in Bedrängnis, worauf sich der damals 76-jährige Erich Honecker zunehmend in eine Scheinwelt und damit auch vor den Problemen flüchtete. Doch auch mit dem späteren Vertreter Honeckers, Egon Krenz, wurde es nicht besser. „Vielmehr herrschte im Politbüro auch Ende August noch die unerschütterte Überzeugung, die Situation im Griff zu haben“. (Zitat. S.22) Doch schaut man im Rückblick noch einmal auf die ganzen Geschehnisse, so war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass die Wende in der DDR unaufhaltsam war.

Eine friedliche Revolution!?

Eine Folge der ständigen Unruhen in der DDR war die große Ausreisebewegung über die südosteuropäischen Länder, wie zum Beispiel Ungarn, welches bereits am 2.Mai 1989 seine Grenzen abbaute. Zwar herrschten noch die Regelungen des SED-Regimes, welche Republikflüchtlinge für mehrere Jahre hinter Gitter brachten, doch im Laufe des Jahres 1989 wurde diese Kontrollen zunehmend gelockert. Doch statt dem Flüchtlingsproblem mit einer Lösung entgegenzuwirken, reagierte die DDR-Führung gewohnt unbeweglich. Hingegen setzte Ungarn der Ost-Berliner Führung Ende August 1989 die Pistole auf die Brust. „Ungarn werde die bilateralen Abkommen mit der DDR kündigen und die Flüchtlinge ausreisen lassen, wenn die DDR nicht bis zum 10. September eine Lösung finde“ (Zitat S.25) Um dieser Drohung entgegen zu wirken, schloss die SED Führung die Grenzen zu Un-

garn, Tschechoslowakei und Polen. Gleichzeitig erlaubten sie einigen tausend Flüchtlingen die Ausreise in die Bundesrepublik, um den Wind aus dem Segel zu nehmen, doch dies hielt nicht lange an.

Trotz dieser vereinzelt Aktionen stieß die Grenzschießung zu den östlichen Nachbarländern auf herbe Kritik in der DDR und hatte schon bald Massendemonstrationen als Folge. Doch wiederum wusste die Regierung und deren Gehilfen nicht richtig mit der Drucksituation umzugehen und versuchten die Demonstrationen unter Gewalteininsatz niederzuschlagen. So wurde unter anderem zur Sicherung der Vierzig-Jahr-Feier „für den Zeitraum vom 6. bis zum 9. Oktober erhöhte Gefechtsbereitschaft befohlen“. (siehe Zitat S.28) Demnach waren die Protestbewegungen, vor allem in Leipzig, immer mit viel Risiko und Konflikt behaftet. In diesem Zusammenhang wurde der Ausruf, „Wir sind das Volk!“ immer populärer und gilt noch heute als ein Symbol der Wiedervereinigung.

Allmählich verlor die Staatführung immer mehr die Kontrolle über die Ereignisse, bei welchen sich mit der Zeit über 100.000 Demonstranten beteiligten, und löste sich binnen weniger Wochen in Konfusion auf. Wie eine Lawine verbreiteten sich die Protestbewegungen im ganzen Land und sorgten immer mehr Massendemonstrationen und Diskussionsforen. Am 4. November hatte das ganze Spektakel seinen Höhepunkt, mit über 500.000 Demonstranten auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin, bei welchem Oppositionsgruppen, wie Schauspieler und Intellektuelle die Schnittmengen der Oppositionellen vertraten und verdeutlichten.

Um eine Lösung für die Probleme und Spannung in der DDR zu finden, versammelte sich das Zentralkomitee mit 215 Mitgliedern vom 8. bis zum 10. November 1989 in Ost-Berlin, am Werderschen Markt. Dort wurde unter anderem über ein neues Reisegesetz debattiert, welches später auf einer aus heutiger Sicht historischen Pressekonferenz mitgeteilt werden sollte. Dabei las Günter Schabowski, der für Medien zuständige Zentralkomitee-Sekretär die neue Reiseverordnung vor. Da er Minuten zuvor nicht im Saal war, las er vor, dass die ständige Ausreise aus der DDR mit sofortiger Wirkung erlaubt sei. „Mit den Ereignissen des 9. November 1989 hatte die SED endgültig die Kontrolle über den Gang der Dinge verloren.“ (Zitat S. 39) Viele Leute strömten zum Grenzübergang an der Bornholmer Straße, an welchem die Offiziere nichts von der unabsichtlichen Grenzöffnung wussten, sich jedoch im Verlaufe der Nacht vom 9. zum 10. November geschlagen geben mussten und die Grenze öffneten. Dies war das Symbol der Überwindung der Teilung und die Menschen feierten ein rauschendes Fest.

Am 1. Dezember hat man dann die führende Rolle der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen. Damit war das Ende des Machtmonopols der SED, wie des Führungsgremiums

besiegelt. Am 6. Dezember trat dann auch Egon Krenz als Staatsratsvorsitzender zurück und unmittelbar danach auch als Generalsekretär.

„Mit dem Fall der Mauer war die SED-Herrschaft auch deshalb faktisch am Ende, weil mit der Berliner Mauer das Symbol der Teilung Deutschlands gefallen war und damit zwangsläufig ein neues Thema aktuell wurde“. (Zitat S.41) Die deutsche Wiedervereinigung hatte nun nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die internationalen Großmächte vor eine neue Herausforderung gestellt.

Wiedervereinigungs- und weltpolitische Probleme

Die Tatsache, dass nach dem Mauerfall und dem Ende des SED-Regimes bereits ein Jahr später ein gemeinsamer Bundesstaat entsteht, sind jene „unerwarteten Wendungen“ (A. Rödder) des Jahres 1990. So schien doch gerade die Polarität der beiden Supermächte (Sowjetunion und USA), deren Machtansprüche und die Angst vor einem wiedererstarktem und geeinigtem Deutschland dieser Entwicklung zu widersprechen. Selbst Helmut Kohl veranschlagte mit seinem 10-Punkte Programm zur Einheit eine Zeit von 5 bis 10 Jahren.

Lehnte der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow eine Wiedervereinigung von DDR und BRD anfangs strikt ab, verfolgte er nun eine andere Vorgehensweise. Schließlich erkannte er, dass die Vorstellung einer „reformsozialistischen DDR“ als „inkompatibel mit der allgemeinen Entwicklung“ gilt. Mit der allgemeinen Entwicklung bezeichnete er die zunehmenden Probleme der Planwirtschaft innerhalb seines Landes, aber auch der anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes. Aus diesem Grund stand er einer Wiedervereinigung nicht mehr grundsätzlich im Weg, lehnte aber eine NATO – Mitgliedschaft des vereinten Staates kategorisch ab. Speziell die DDR hatte enorme Schulden und bediente sich schon in den 80er Jahren an Krediten der Bundesregierung. Außerdem konnte man sich immer auf die Unterstützung bzw. die Vorschriften aus Moskau verlassen. Gorbatschow mit seiner Reformpolitik „Glasnost“ und „Perestroika“ versuchte hingegen die Probleme im eigenen Land zu lösen und überließ den „Bruderstaaten“ immer mehr Eigenverantwortung. Um Gorbatschows Ablehnung eines geeinten deutschen NATO-Mitgliedsstaates zu ändern, baute Kohl auf die Unterstützung der westlichen Mächte, speziell der USA. Präsident Bush befürwortete natürlich eine NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands, da sich so das Einflussgebiet des Westens vergrößert. Außerdem erkannte er die Zeichen der Zeit und die Chance die Sowjetunion zu schwächen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, setzte man auf die sogenannten: „Zwei plus Vier“ und „Zwei plus Eins“ Treffen. Dabei trafen sich

jeweils die Außenminister der 4 Alliierten und die der beiden deutschen Staaten. So konnten sich „Skeptiker und Opponenten“ gegenüber treten und Kompromisse gebildet werden. Dabei ist zu erwähnen, dass anfangs weder Frankreich noch Großbritannien ein Fürsprecher der Wiedervereinigung waren. Viel Überzeugungsarbeit der Bundesregierung und der USA waren daher nötig, um „*Ressentiments*“ gegenüber einer Einigung zu beheben. Hauptanliegen von Thatcher und Mitterand war dabei, wie es Thatcher sagte: „*den deutschen Riesen zu bändigen*“ und durch eine europäische Integration des neuen Staates und durch eine einheitliche europäische Währung, mit der Dominanz der D-Mark zu brechen. Letztendlich wurden die „*wesentlichen Entscheidungen im Prozess der Wiedervereinigung*“ nicht bei diesen Tagungen geschlossen. Viel entscheidender waren die Treffen zwischen Moskau, Bonn und Washington (Zwei plus Eins) bzw. die direkten Begegnungen zwischen Gorbatschow und Bush im Camp David. Laut Kohl sei für Gorbatschow viel Prestige im Spiel und dessen einzig wahrer Verbündeter sei nun mal die USA. Mit Hilfe von Staatskrediten der Bonner Regierung für Moskau, einem militärischen Abrüstungsprogramm beider Staaten und eine weniger sowjetunionfeindlichere Politik der NATO. Als Ergebnis folgt ein „Ja“ zur Selbstbestimmung eines geeinten Deutschlands bezüglich der NATO – Mitgliedschaft bei einem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau. Desweiteren beschloss man, bei Existenz eines souveränen deutschen Einheitsstaates, die Heerstärke der Bundeswehr auf 370 000 Mann zu beschränken (65% von der Summe aus NVA und westd. Bundeswehr), die Vier – Mächte – Rechte der Alliierten aufzuheben und einen sowjetischen Truppenabzug innerhalb von 4 Jahren.

Ein weiteres Problem für die europäischen Staaten, speziell für Polen, stellte die Frage dar, ob das geeinte Deutschland seine Grenzen für saturiert hält. Selbst in der Potsdamer Konferenz 1945 wurde dieses Thema nicht eindeutig geklärt und die Oder – Neiße – Grenze galt als „*keineswegs besiegelt*“ (S.74/Z.22). Obwohl Helmut Kohl im Bundestag im November 1989 sagte: „Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht“, hatte er mit innenpolitischen Widerspruch zu kämpfen. Zum Einen konnte erst ein gesamtdeutscher Staat, aus juristischer Sicht, diese Frage klären, zum Anderen waren in der BRD und in der eigenen Partei viele Vertriebene (aus Ostpreußen, Schlesien,...), die die „*Anerkennung der Oder – Neiße Grenze ablehnten*“ (S.75/Z.9-10). Dabei fand die polnische Position international eine große Zustimmung und besonders Frankreichs drängte auf eine klare Stellungnahme seitens der Bundesrepublik zu diesem Thema. Doch es kam zu keiner eindeutigen Position der Bundesregierung und Mitterand kritisierte Bonn öffentlich. Vielleicht hätte dieser Konflikt, der hier seinen Höhepunkt erreicht, den Wiedervereinigungsprozess ins Stocken bringen können, doch die Volkskammerwahlen am 18.3.1990 halfen Kohl. Bei

dem „*die Union (ein) unerwartet triumphales Wahlergebnis*“ (S.77/Z.1-2) und somit auf eine breite Zustimmung beider deutschen Staaten bauen konnte. Mit Hilfe der USA wurde eine vertrauliche Absprache zwischen Polen und der BRD herbeigeführt, sodass die Grenzfrage als informell geklärt galt. Desweiteren beschlossen die Volkskammer und der Bundestag den Verlauf der polnisch – deutschen Grenze zu akzeptieren. Der Wille zur Einheit bzw. sich der eigenen Partei unterzuordnen, spiegelt sich auch in den „nur“ 15 Gegenstimmen aus dem Lager der „Vertrieben“ wieder. Damit war eine endgültige Akzeptanz der Grenze so gut wie erreicht und „*Jahrhundertlang deutsch besiedeltes Gebiet von einer Fläche, die größer war als die der DDR*“ (Z.20-21) als polnisches Staatsgebiet anerkannt. Am 12. 9. 1990 wurde schließlich in Moskau der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ unterzeichnet. Alle im Vorhinein getroffenen Abmachungen bezüglich Grenzfrage, Heeresgröße, Truppenabzug und NATO – Zugehörigkeit wurden nun informell bestätigt, in Form eines 4+2 Vertrages unterschrieben und traten am 3. Oktober in Kraft. Damit galt der der neue deutsche Staat als außenpolitisch souverän.

Die letzten Tage der DDR und innenpolitische Wiedervereinigungsprobleme

Damit es am 3. Oktober 1990 zum Tag der deutschen Einheit kommen konnte, musste neben den weltpolitischen Problemen, auch eine Einigung zwischen den deutschen Teilstaaten erzielt werden. Nachdem Gorbatschow die DDR zu mehr Selbstbestimmung befähigt hatte, führte folglich die Berliner Regierung selbstständig die Verhandlungen mit Bonn. Streitfrage war hauptsächlich die Frage, welche Form der Marktwirtschaft man auswählt. Nach den Wahlen am 12. April hatte die Allianz für Deutschland und die Liberalen eine absolute Mehrheit in der Volkskammer der DDR inne. Damit gab es, Ost wie West, eine schwarzgelbe Regierung, die dennoch die Zustimmung der Ost- und West – SPD brauchte, um die nötige verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit zu erlangen. Dennoch existierten zwischen den beiden Regierungen konträre Vorstellungen bezüglich der Gestaltung Deutschlands. Sah sich der Ost – Berliner Regierungschef de Maiziere und dessen Regierung doch als Stellvertreter der Ostdeutschen und wollte deren soziale Interessen möglichst umfangreich sichern. So verfolgte man das Ziel einer „ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft“, sozusagen einer reformierten Planwirtschaft. Demgegenüber stand die Position Bonns, welche ihr bestehendes System durchsetzen wollte. Letztendlich sorgten aber die finanzielle Stärke der Bundesrepublik und die 40 jährige, erfolgreiche Existenz für ein Angleichen der bundesdeutschen Ordnung auf das Gebiet der DDR. Schließlich wurde am 18. Mai 1990 ein Staatsvertrag unterzeichnet, der die Einführung der sozialen Marktwirtschaft ebnete und eine Währungs – und Wirtschaftsunion verfolgte. Im Juni be-

schloss die Volkskammer ein Gesetz, dass „*die bestehende Verfassung der DDR in ihrem materiellen Bestand praktisch abschaffte*“(S.91/Z.10-11). Dieser gewollte Souveränitätsverlust der DDR ging schließlich soweit, dass alle Grenz- und Zollkontrollen entfielen und die soziale und wirtschaftliche Angleichung an die BRD vollzogen wurde. Diese rasche Entwicklung lag zum großen Teil an der finanziellen und wirtschaftlichen Notsituation des Ostens, der bereits vor Ende des Jahres 1990 einen Zusammenbruch des Systems befürchtete. Dies hatte jedoch zur Folge, dass die Ausgangs- bzw. Verhandlungsposition deutlich geschwächt wurde und die Dominanz und die Durchsetzungskraft der Bonner Regierung bei Vertragsverhandlungen deutlich zunahm. Letztlich kam es am 31. August zu einem Einigungsvertrag, der die „*politischen und rechtlichen Grundlagen für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik*“(S.91/Z.36-37) regelte. Gleich im ersten Artikel wurde beschlossen, dass dieser Beitritt am 3. Oktober stattfinden sollte. Wenige Wochen nach diesem „Tag der deutschen Einheit“ kam es zur Einführung föderalistischer Elemente im ehemaligen Ostdeutschland, sodass die vielen Bezirke sich vereinten und die 5 neuen Bundesländer entstanden (Thüringen, Sachsen, Sachsen – Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg – Vorpommern).

Ein weiteres Problem stellte das der Währungsunion und der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Angleichung an die BRD dar. Zwar galt dies im Einigungsvertrag und vorherigen Abmachungen als beschlossene Sache, dennoch war die praktische Umsetzung schwierig. Hauptproblem bei der Einführung einer flächendeckenden D-Mark stellte der Umtauschkurs bzw. die unterschiedliche Wertigkeit gegenüber der Ostmark dar. Als am 1. Juli 1990 der anfangs erwähnte Staatsvertrag in Kraft trat, war die differenzierte Wertigkeit das größte Problem. Im innerdeutschen Handel betrug der Umtauschkurs der „Ost – Mark“ 1:4,4 und auf dem freien Markt sogar 1:8. Vor allem für die Arbeitnehmer stellte das eine existenzbedrohliche Wertminderung, der ohnehin niedrigen Ostgehälter, dar. Obwohl Kohl in der Anfangseuphorie des Mauerfalls den ostdeutschen Kleinsparern versprach, dass ihre Guthaben 1:1 umgestellt werden, nahm er diese Aussage bereits im Sommer zurück. So traf dieser Kurs nur für ein maximales Guthaben von 2000 Mark zu und alles darüber wurde 1:2 getauscht. Desweiteren betrug in jenem Sommer die Ostlöhne nur 20% des Westniveaus, sodass sich das starke soziale Gefälle zu verfestigen drohte. Hinzu kommen die schwache Arbeitsproduktivität des Ostens und eine viel zu hohe Beschäftigtenanzahl innerhalb der Betriebe. Um diese Situation zu lösen, wollte man schnellstmöglich einen Wandel von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft vollziehen und die volkseigenen Betriebe privatisieren bzw. stilllegen. Dazu wurde eigens die Treuhand gegründet, um die VEB's zu verwalten. Als diese ihr Amt antrat, rechnete man mit einem Gewinn von 600

Milliarden D-Mark durch die Privatisierung. Diese Gewinnspekulationen wurden im Lauf der Monate und Jahre jedoch immer weiter nach unten korrigiert. Man kalkulierte nämlich nicht, welche Auswirkungen der Kapitalismus und das Ende der Güterengpässe auf die Wirtschaft und die Unternehmen haben wird. Die permanente und fast ausschließliche Versorgung durch den Westen hatte zur Folge, dass kaum noch Ostprodukte gekauft wurden und die heimische Wirtschaft, Stück für Stück, immer mehr geschwächt wird. Desweiteren waren viele der ostdeutschen Betriebe auf dem Weltmarkt unmodern und nicht konkurrenzfähig. Schließlich führte diese Situation und die Tatsache, dass der Umtauschkurs für Löhne nun bei 1:1 lag, zum Zusammenbruch der DDR – Wirtschaft. Das hatte zur Folge, dass die Unternehmen den Käufern zu einem Spottpreis angeboten wurden und obendrein die Altschulden die Treuhand übernahm. Dies führte zu regelrechten Kostenexplosionen, Massenentlassungen und großen Umstrukturierungsmaßnahmen. Die DDR musste nicht weniger als 40 Jahre westdeutscher Entwicklung der Nachkriegszeit nachholen. Die Treuhand stellte ihre Arbeit 1994 ein und hatte dabei einen Großteil der Unternehmen privatisiert. Über 47 000 Unternehmen, aber auch Gaststätten und Geschäfte wurden privatisiert (53,8%), stillgelegt (30,6%), an Alteigentümer (13,1%) oder an Kommunen (2,6%) übergeben. Käufer waren dabei überwiegend Westdeutsche, die in den Neuen Bundesländern Filialen, Tochterunternehmen oder Abteilungen eröffneten. So konnte man keineswegs nach 5 – 10 Jahren von, wie es Kohl versprach, „blühenden Landschaften“ sprechen, sondern musste von strukturschwachen Regionen reden. „1999 hatten nur acht der 550 größten deutschen Unternehmen ihren Hauptsitz in den neuen Ländern“(13-15)“. Die Fehleinschätzung der Bundesregierung spiegelte sich auch in den Bilanzen der Treuhand wider, sodass man letztlich ein Minus von 230 Milliarden verzeichnen musste. Alle wirtschaftlichen Bereiche und Sektoren der DDR, außer der tertiäre Sektor, bauten Stellen ab, sodass Anfang der 90er Jahre eine Arbeitslosigkeit von 20% innerhalb der ehemaligen DDR herrschte. Seit der Wende, bis 1996, stieg das BIP der Ostdeutschen jährlich um 8% (auf 62% des Westniveaus). Obwohl es in den Jahren 1996 bis 2004 eine Stagnation der BIP Entwicklung gab, entwickelte sich das Gebiet Ostdeutschlands am Besten von den ehemaligen Ostblockstaaten.

Zusammenfassung und eigene Meinungen zur Wiedervereinigung

Die Zeitspanne von Mauerfall bis zum „Tag der deutschen Einheit“ beträgt gerade einmal 11 Monate. Die Veränderungen, welche aus heutiger, objektiver Sichtweise leichter zu verstehen sind, präsentierte sich auf die Menschen 89/90 innerhalb kürzester Zeitabstände ein. So war die weltpolitische Situation zu dieser Zeit in einer derart günstigen Zusammenstellung, wie sie zu keiner Zeit der deutschen Teilung zuvor war. Die BRD befand sich in einer Blütheperiode des Wohlstands, die Sowjetunion bekam immer mehr Probleme ihre Planwirtschaft zu erhalten und die DDR war ebenfalls in einer prekären, wirtschaftlich – finanziellen Notsituation. Hinzu kommt, dass mit Michael Gorbatschow ein äußerst reformwilliger und aufgeschlossener Kommunist an der Spitze der Sowjetunion stand. Durch seine Reformpolitik und das Zugeständnis zu mehr Autonomie der Warschauer – Pakt – Staaten, brachte er den Stein erst ins Rollen. Freilich war es nie seine Absicht, dass das sowjetische Imperium zerbricht, sondern gerade durch die Reformpolitik versuchte er es zu retten. Nichtsdestotrotz war es keineswegs selbstverständlich, dass der Mauerfall und der gesamte Wiedervereinigungsprozess friedlich abliefen. Letztlich stimmte er den Forderungen des Westens zu und ermöglichte dadurch die Deutsche Einheit, die östliche Ausbreitung der NATO und letztlich den Sieg des Kapitalismus. Damit widerstrebte er den vergangenen Zielen der Sowjetunion und beendete letztlich den Kalten Krieg als Verlierer. Im heutigen Russland hegt man daher viel Unmut gegen Gorbatschow und er wird lediglich in den westlichen Ländern als „Held“, welcher er unserer Meinung nach auch ist, tituliert. Desweiteren wurde die Schnelligkeit dieser Einheit, durch den Wunsch des Volkes in den Montagsdemos nach dem Mauerfall begünstigt, zum Anderen durch die wirtschaftliche Notsituation der DDR. Diese führte zu einer möglichst schnellen Privatisierung der volkseigenen Betriebe durch die Treuhand und dadurch zu einer Zeit des Umbruchs, aber auch der Strukturschwäche und Arbeitslosigkeit in den Neuen Bundesländern. Unserer Meinung nach ließ sich dieses Problem kaum anders lösen, wenn man eine möglichst schnelle Angleichung der DDR zur BRD zum Ziel hatte. Hinzu kommt, dass dieser Einheitsprozess und Übergang von Planwirtschaft zu sozialer Marktwirtschaft, auf keine praktische Erfahrung zurückgreifen konnte.